

## Soldaten und Demokraten

von Karl-Heinz Hansen

Der Autor gehört dem linken SPD-Flügel an und ist Mitglied im Verteidigungsausschuß des Bundestages.

Es ist offenkundig: Im Deutschland des Jahres 1945 hat es die „Stunde Null“ oder die „Gnade des Nullpunktes“ zur „endgültigen Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage“ (Potsdamer Abkommen) nie gegeben. Folgeschwerer Geburtsmakel der zweiten deutschen Republik waren ein fauler Kompromiß mit den geistigen Wegbereitern des Nationalsozialismus, seinen Tätern und Mittätern, zu Lasten ihrer Opfer und die Fortschreibung eines aggressiven Antikommunismus, der 1969 zwar verbraucht schien, heute aber wieder sehr lebendig ist.

Während die Jüngeren noch über einen neuen Weg diskutierten, betrieben Kräfte der alten Ordnung ihre Restauration: Industrielle, Beamte, Politiker bereiteten, ohne von Zugehörigkeit zum „Freundeskreis der SS“ oder durch ihr „treues Dienen“ im Reich Hitlers behindert zu sein, ihren spät-kapitalistischen Wirtschaftswunderstaat vor. Die Wiederbewaffnung der so formierten Gesellschaft war von Anfang an — zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit — mitgeplant.

Antikommunistische Tendenzen ließen die beabsichtigte Zerschlagung des deutschen Militarismus bald in Vergessenheit geraten. In verblüffender Übereinstimmung mit gewissen Plänen deutscher Durchhalte-Generale wurden von den westlichen Alliierten gefangene deutsche Truppen für neue Aufgaben bereitgehalten.

Damit war die Vorentscheidung über einen bundesdeutschen Wehrbeitrag unter dem Vorzeichen einer Ideologie gefallen, die sich Wiedervereinigung nur als „Anschluß“ der „Ostzone“ vorstellen konnte.

Im Zeichen des Kalten Krieges hat dann Konrad Adenauer am 3. Dezember 1949 in einem Interview mit dem „Cleveland Plain Dealer“ gefordert, es müsse eine deutsche Streitmacht geschaffen werden, damit der Westen sich gegen die UdSSR stark genug machen könne. Gegen die Opposition der SPD war damit die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik besiegelt. Es ging nur noch um das Wie.

Den Urvätern der Bundeswehr fiel dazu vor allem ein: die Forderung

nach „Rehabilitierung des deutschen Soldaten“, die „Freilassung der als ‚Kriegsverbrecher‘ verurteilten Deutschen“ und die „Einstellung jeder Difamierung des deutschen Soldaten“ (Himmeroder Denkschrift). Es fiel ihnen nicht ein, sich ausdrücklich von falschen Denkweisen und fragwürdigen Verhaltensmustern in der ehemaligen Wehrmacht abzusetzen.

Gemeinsam war den Anfängen von Bundesrepublik und Bundeswehr die institutionelle wie personelle Kontinuität, ein eindeutiges Feindbild und das fortgesetzte Versäumnis, eine mörderische Vergangenheit durch Neubesinnung auf republikanische Überlieferungen zu bewältigen. Die Summe dieser Versäumnisse hat sich als verhängnisvoll für die Herausbildung von demokratischem Bewußtsein in der Bundesrepublik erwiesen. Das hat sogar Matthias Walden erkannt:

„Adenauers Antikommunismus war primitiv, wirksam und ehrlich... Mit fuchsischer Gelassenheit überließ er alten Generalen, die vor Hitler salutierte hatten, neue Kommandoposten in der Bundeswehr.“

Keine Absage an die Vergangenheit, kein Versuch eines Neubeginns: das Traditionsverständnis der Bundeswehr seit ihrem Bestehen. Bis heute gibt es Streit zwischen „Traditionalisten“ und „Reformern“ innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Formal wurde die neue Streitmacht dem Primat der Politik unterstellt. Wurde das von Graf Baudissin entworfene Konzept der „Inneren Führung“ zur Pflicht gemacht und die Sonderrolle des Soldaten aufgehoben. Doch es blieb eine Diskrepanz zwischen Wehrverfassung und Bundeswehr-Wirklichkeit.

Wie wenig wirksam das Bemühen des „Reformer“ im Bewußtsein des Offizierskorps war, wurde spätestens durch die „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres“ (1969) des Generals Albert Schnez, Inspekteur des Heeres, und seiner Freunde in der Führungsspitze der Bundeswehr deutlich. Schnez' Stellvertreter, Generalmajor Grashey, unternahm in einem öffentlichen Vortrag vor der Führungsakademie Hamburg-Blankenese den ersten unverhohlenen Vorstoß gegen die „Innere Führung“: Die Bundeswehr müsse „diese Maske nun endlich ablegen, die wir uns damals vorgehalten haben“.

General Schnez forderte, Staat und Gesellschaft nach militärischen Kategorien auszurichten: „Die Bundeswehr hat starke industrielle Züge, ist aber ihrer inneren Struktur nach kein Industriebetrieb, sondern eine *Kampf-, Schicksals- und Notgemeinschaft*. Daher bleiben ihre elementaren Grundlagen die alten Soldatentugenden: Tapferkeit, Ritterlichkeit, Gerechtigkeit, Fürsorge, Kameradschaft, Entschlossenheit, Opferbereitschaft, Disziplin

und Hingabe an *eine Sache um ihrer selbst willen*.“ Dieses elitäre Selbstverständnis, dies herausgehobene Berufsbild des Soldaten ist bis heute sichtbar.

Immer noch gibt es Flaggenparaden, Stapelläufe, Feierliche Gelöbnisse mit Großem Zapfenstreich und schnulziger geistlicher Unterermalung. Dabei ist die Funktion des Eides für den „Loyalitätswettlauf“ hitlertreuer Generale niemals offen und öffentlich diskutiert worden. Inzwischen wissen wir, daß sich nicht wenige preußischer Tradition verpflichtete Generale ihre Treue zum Führer, ihre kleinen und großen Feigheiten mit gesalzenen Schecks aus Hitlers Schatulle vergolden ließen. Zum Beispiel der Generalfeldmarschall Ritter von Leeb, den die Bundeswehr in Landsberg immer noch hoch in Ehren hält.

Noch immer heißen Schiffe, Fliegergeschwader und Kasernen nach Männern, die kaum Vorbilder für die politische Bildung und Erziehung von Soldaten einer republikanischen Armee sein können. Sie heißen nach Hindenburg, der mithilfe, Hitler an die Macht zu bringen; nach Lettow-Vorbeck, dem aktiven Betreiber des rechts-extremistischen Kapp-Putsches; nach Walter Flex, der die Sinnlosigkeit des Sterbens romantisch verklärte; nach Langemarck, Symbol für das sinnlose Schlachten eines Jahrgangs nationalistic aufputschter Studenten.

Noch immer heißt ein Zerstörer der bundesdeutschen Marine nach dem großdeutschen Admiral Günther Lütjens. Als er 1941 das kampfunfähig geschossene Schlachtschiff „Bismarck“ mit 1977 Mann im Atlantik versenkte, funkte Lütjens an Hitler: „Wir kämpfen bis zum letzten Glauben an Sie, mein Führer, und im felsenfesten Vertrauen auf Deutschlands Sieg.“

Noch im Jahre 1975 weigerten sich Flieger des Jagdgeschwaders „Richthofen“, ein Bild Hermann Görings von der Wand ihres Kasinos zu nehmen. Sie konnten oder wollten nicht unterscheiden zwischen dem Pour-le-mérite-Flieger des 1. Weltkrieges und dem NS-Politiker und Initiator der Judenverfolgung, der außerdem in den letzten Kriegstagen die Flieger der Luftwaffe verheizte und öffentlich als Feiglinge beschimpfte. Es gibt weiterhin extensive Außenkontakte von Bundeswehrangehörigen zu Kumpanen aus alter Zeit, den „Traditions-Verbänden“ der Hitler-Wehrmacht, Begegnungen mit den alten Kameraden der Fallschirmtruppe, der Waffen-SS und rechtsradikalen Stuka-Fliegern.

Diese Seite ungebrochenen alt-soldatischen Selbstverständnisses in der Bundeswehr hat den fast naiven Versuch ausgelöst, solche Verhaltensmuster in geregelte, „demokratiewürdige“ Bahnen zu lenken, wie etwa durch den wortbreitigen Erlaß über „Bundeswehr und Tradition“ des ehemaligen Vertei-

digungsministers von Hassel. Der Versuch hat Zahl und Art solcher „Traditionstreffen“ kaum geändert, hat bestenfalls die Veranstalter umsichtiger bei der Vorbereitung und vorsichtiger gegenüber der Öffentlichkeit gemacht.

Unter der Ziffer 19 des Erlasses wird der zivile Durchschnittsmensch mit dem elitären Bild eines soldatischen Übermenschen konfrontiert, dessen Grundhaltungen zu sein haben: „Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit, Achtung vor der Würde des Menschen, Großherzigkeit und Ritterlichkeit, Kameradschaft und Fürsorge, Mut zum Eintreten für das Recht, Tapferkeit und Hingabe, Gelassenheit und Würde in Unglück und Erfolg. Zurückhaltung im Auftreten und Lebensstil, Zucht des Geistes, der Sprache und des Leibes, Toleranz, Gewissenstreue und Gottesfurcht.“ Wer dem genügt, für den ist die Seligsprechung nur noch eine Frage der Zeit.

Bleibt festzuhalten: Der seit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik geflissentlich bekundete Anspruch, den „Staatsbürger in Uniform“ zu schaffen und die Streitkräfte konkreter politischer Kontrolle zu unterwerfen, ist weitgehend unerfülltes Postulat geblieben. Mitverantwortlich dafür waren die „Reformer“, die hinhaltendem Widerstand der Ehemaligen nicht früh und konsequent genug, und wenn es sein mußte auch öffentlich, begegneten.

Mitschuldig sind die Parlamentarier, die ihren zweiten Wehrbeauftragten, Helmut Heye, fallenließen, als er die Frage nach der Demokratietreue der Bundeswehr stellte. Versagt haben die Verteidigungsminister, weil sie zum Beispiel die Generale Schnez und Grashy nicht rechtzeitig und fristlos entlassen haben. Diesen Herren wurde nicht mit Pensionsentzug gedroht wie dem General Bastian, der im Gegensatz zu ihnen die Lektion der Geschichte begriffen hat. So haben Mangel an demokratischem Bewußtsein, Halbherzigkeit und Bequemlichkeit der Bundeswehr eine neue unbewältigte Vergangenheit beschert.

Inzwischen ist eine andere Generation herangewachsen, die der Wehrpflicht mehr als reserviert gegenübersteht. Für den kritischen Teil der heutigen Jugend ist ihre Zurückhaltung einerseits in der Ablehnung des Angebots veralteter und belasteter Tradition sowie den Überresten schlechter Kontinuität begründet, andererseits im Mißbehagen über mangelnde Demokratisierung von Bundeswehr und Gesellschaft. Für sie ist „Innere Führung“ zur Regelung eines Betriebsklimas der politischen Gleichgültigkeit verkommen.

Zugespitzt lautet die Frage nach dem richtigen Verhältnis von Bundeswehr und Demokratie immer noch:

▷ Ist die Bundeswehr eine eigenständige „Kampf-, Schicksals- und Not-

gemeinschaft“, „eine Sache um ihrer selbst willen“ (Schnez), ein „Staat im Staate“, dessen demokratische Zuverlässigkeit in Krisenzeiten zweifelhaft und damit für viele dem Putschverdacht ausgeliefert bleibt, oder

▷ ist sie einbezogen in die allgemeine Demokratisierung der Gesellschaft, die uns der Kern des Grundgesetzes vorschreibt, als „notwendiges Übel“ (Baudissin) bereit, „sich um einer besseren politischen Lösung willen in Frage stellen zu lassen“ (Gustav Heinemann)?

Wer der zweiten Alternative zuneigt, muß eine Trendwende in der Verteidigungs- und Bundeswehrpolitik wollen. Das Problem der organisierten militärischen Macht im demokratischen Staat, mit der Möglichkeit der Aufhebung von Demokratie durch Gewalt, ist durch die aus republikanischem Mißtrauen geborenen Verfassungsgrundsätze allein nicht zu lösen.

Dazu gehören vielmehr:

Die Intensivierung der parlamentarisch-politischen Kontrolle in Richtung auf Civil Control, mit vollständiger Einbindung der Streitkräfte nicht nur in die politische Ordnung, sondern auch in gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, um jede deformierende Abkapselung und elitäres Gruppenverhalten zu verhindern. Ein herausgehobenes „Treueverhältnis zum Staat“ darf nicht zu einem besonderen Untreueverhältnis zur Demokratie werden.

Die Begründung neuer fortschrittlicher Traditionen einer demokratischen Verteidigungsarmee mit für alle Bürger gültigen Leitbildern. Leider wurde die Gelegenheit verpaßt, nach der militärischen Niederlage des Faschismus an revolutionär-republikanische Wehrmotivationen und -modelle anzuknüpfen (Bauernkriege, Freiheitskriege, Soldatenräte, proletarische Volkswehr).

Die Entwicklung und Verstärkung republikanischer Gesinnung. Sie ist Hauptziel einer politischen Bildung und Erziehung, die im einzelnen auch die Bereitschaft weckt und erhält, konkretes Handeln an demokratischen Tugenden auszurichten und Verführungen zum Mißbrauch militärischer Macht zu widerstehen. Verfassungstreue läßt sich nun mal nicht reglementieren, wohlgemeinte Beschwörungen, auch in Weißbüchern, fruchten da nichts. Dazu gehört die Vermittlung der aus leidvoller Erfahrung gewonnenen Erkenntnis, daß Tapferkeit, Gehorsam, Pflichterfüllung usw. keine Werte an sich sind, sondern bloß Sekundärtugenden. Zu Werten werden diese erst, wenn sie der Primärtugend untergeordnet sind, also Fragen, für wen und für welche Sache sie ausgeübt werden.

Weiter gehören dazu:

Die bewußte Teilhabe eines fortschrittlich gesinnten „Staatsbürgers in Uniform“ an allen demokratischen Rechten und Pflichten. Wenn für die Bundeswehr der Frieden als Ernstfall, Orientierung und Bewährung wirklich gilt, dann können den Soldaten, die Recht und Freiheit verteidigen sollen, weitestgehende Mitbestimmungsrechte an ihrem Arbeitsplatz in der Produktionsstätte für äußere militärische Sicherheit nicht vorenthalten werden. Solche Rechte müssen nicht im Widerspruch zur überkommenen Hierarchie von Befehl und Gehorsam stehen. Die vielfältigen, in Jugendorganisationen und Parteien erarbeiteten Modelle dazu müssen endlich auf den parlamentarischen Weg gebracht werden.

Die Entrümpelung der Bundeswehr von den Resten falscher historischer Kontinuitäten. Neben der Abschaffung des unsäglichen Traditionserlasses, in dem „die sprachliche Gewichtigkeit eindrucksvoll mit der Schlichtheit der Gedanken kontrastiert“ (Macioszek), muß das unerträgliche Brimborium des öffentlichen Feierlichen Gelöbnisses, dessen Ritual für Christen einer magischen Zeremonie gleicht, durch ein unterrichtendes Gespräch über Rechte und Pflichten der Wehrpflichtigen abgelöst werden. Und endlich sollten die Namen von Kasernen, Schiffen und Truppenteilen, die nur an die Korruptierbarkeit militärischer Führer durch den Faschismus erinnern, durch wirklich demokratiewürdige ersetzt werden.

Allerdings ist dann auch zu fordern, daß die „Staatsbürger in Zivil“ nicht weiter von eigenen Bewußtseinsdefiziten, historischen Versäumnissen und zweifelhaften Kontinuitätsbeständen dadurch abzulenken versuchen, daß sie die Bundeswehr zum Sündenbock gemeinsamer Geschichte machen. Auch ein paar umherreisende Schlägerbanden, die dingfest zu machen allein Aufgabe der Polizei ist, dürfen nicht dazu verführen, nach Verschärfung unseres liberalen Demonstrationsstrafrechtes zu rufen. Es ist doch verständlich, ja: notwendig, daß Jugendliche, die mit schlechten Überlieferungen nichts mehr anfangen können, dagegen Sturm laufen. Dabei haben auch Wehrdienstverweigerer das Recht, gegen unsinnige Zurschaustellungen der Bundeswehr zu demonstrieren. Fortschrittliche demokratische Tradition ist nur im gesamtgesellschaftlichen Konsens zu definieren und im ständigen Dialog zwischen den Generationen weiterzuentwickeln. Es liegt an den Politikern, ihnen dazu Mut zu machen, damit sie als Soldaten Demokraten sein können.

---

**SPIEGEL** *Essay*

---